

März 2022

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Russischer Einmarsch in die Ukraine: zwei Drittel in Sorge vor großem Krieg.....	2
Große Offenheit für Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen	3
Reaktionen der Bundesregierung: für 53 Prozent angemessen.....	4
Regierungszufriedenheit: Ampel-Koalition gewinnt in Krise an Vertrauen.....	5
Politikerzufriedenheit: Berliner Koalitionsspitzen legen zu	6
Großer Zuspruch für Maßnahmen gegen Russland	7
Russlands Ansehen auf Tiefpunkt.....	10
Sonntagsfrage: SPD verringert Rückstand auf CDU.....	12
Studieninformation.....	13

Zusammenfassung

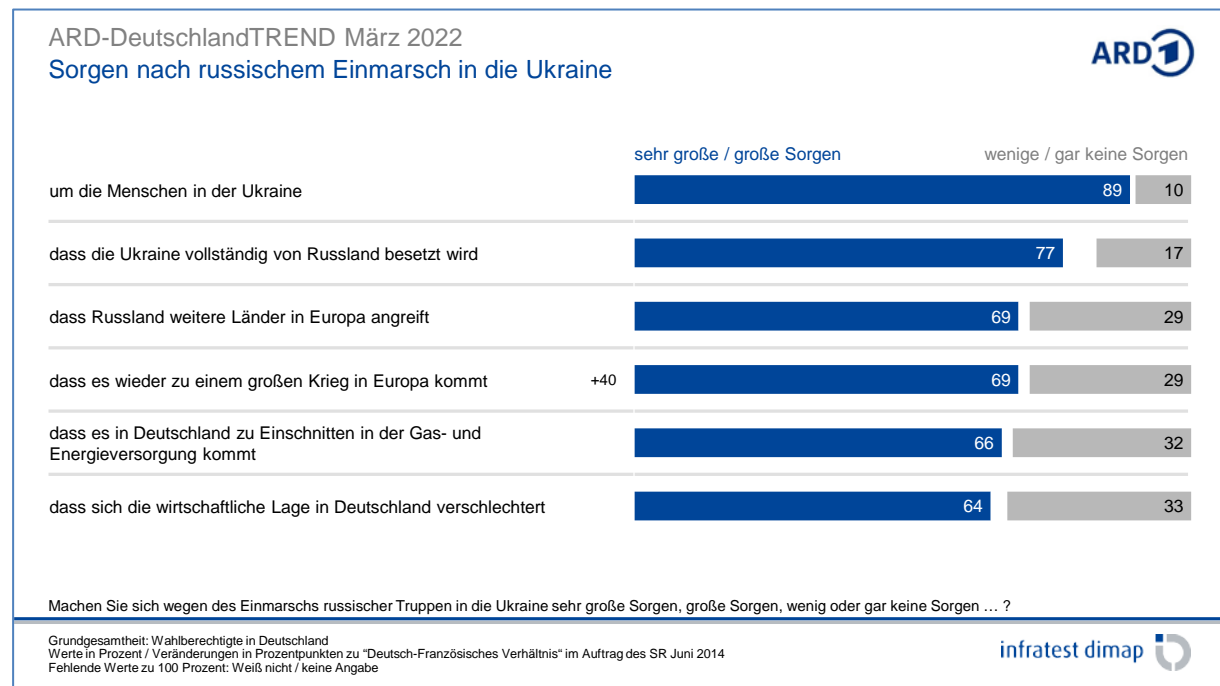
Russische Truppen sind am vergangenen Donnerstag in die Ukraine einmarschiert. Die Mehrheit der Bundesbürger blickt mit Entsetzen auf die Entwicklungen im Osten Europas. Neun von zehn sind in Sorge um die Menschen vor Ort in der Ukraine. Acht von zehn äußern Sorgen, dass die Ukraine vollständig besetzt wird. Immerhin sieben von zehn treibt die Sorge vor dem russischen Angriff weiterer Länder um. Äußerten im Sommer 2014 zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs drei von zehn Deutschen Ängste vor einem neuen großen Krieg auf dem Kontinent, sind es nunmehr sieben von zehn. Vielen ist bewusst, dass der Konflikt auch in der Bundesrepublik Spuren hinterlassen wird. 64 Prozent fürchten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands, zwei Drittel Einschränkungen für die Gas- und Energieversorgung. Zu den unausweichlichen Folgen des Krieges zählt eine bereits spürbare Fluchtbewegung. Eine Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine durch die Bundesrepublik wird faktisch von niemandem in Frage gestellt, neun von zehn Deutschen halten die Aufnahme grundsätzlich für richtig.

Der russische Einmarsch hat in kürzester Zeit zu einer markanten sicherheitspolitischen Neupositionierung Deutschlands geführt, die eine Mehrheit der Wahlberechtigten auch außerhalb der Ampelkoalition mitträgt. Die Antwort der Bundesregierung auf den russischen Angriff bewertet gut die Hälfte der Deutschen als angemessen. Für knapp drei von zehn Wahlberechtigten geht die bisherige Reaktion sogar nicht weit genug. Nur für jeden Siebten ist sie zu weitgehend. Mit ihrem Agieren haben das Ampel-Kabinett und die Koalitionsspitzen, allen voran Außenministerin Annalena Baerbock, an Sympathien gewonnen, auch wenn die Deutschen uneins darüber sind, ob militärische Hilfen für Kiew zu lange hinausgezögert wurden. Zweifel an einer militärischen Unterstützung dominierten allerdings bis zuletzt auch in der deutschen Bevölkerung und verschwanden erst unmittelbar mit der Invasion: Nach 20 Prozent vor einem Monat finden Waffenlieferungen an die Ukraine nunmehr bei sechs von zehn Zuspruch.

Der russische Angriff beeinflusst die verteidigungspolitischen Vorstellungen der Bundesbürger grundlegend. Anders als 2014 nach der Krim-Annexion wird nicht nur die Verlegung zusätzlicher Bundeswehreinheiten an die NATO-Ostflanke unterstützt. Auch die Ankündigung der Bundesregierung, durch deutlich größere Anstrengungen militärische Ressourcen und Fähigkeiten zu stärken, stößt auf Rückhalt. Die Bereitstellung eines Sondervermögens für die Bundeswehr von 100 Mrd. Euro bezeichnen 65 Prozent als richtig. Die Anhebung der jährlichen deutschen Verteidigungsausgaben auf mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unterstützen 69 Prozent, wobei etwa die Hälfte angibt, dass sich ihre Haltung zu einem höheren Verteidigungsbudget mit den Einmarsch in die Ukraine verändert hat. Obwohl jeder Zweite bezweifelt, dass Sanktionen den russischen Kurs ändern können, werden Maßnahmen wie der Ausschluss wichtiger russischer Banken aus dem Zahlungssystem SWIFT von der Bevölkerung ebenso mitgetragen wie der Stopp des Genehmigungsverfahrens für Nordstream 2. Sanktionsschritte wie diese werden aktuell auch dann mehrheitlich von den Bundesbürgern unterstützt, wenn sie von steigenden Energiepreisen und Lebenshaltungskosten, Engpässen in der Energieversorgung oder auch Nachteilen für deutsche Firmen begleitet sein sollten.

Der Einmarsch in die Ukraine lässt rückblickend viele an der deutschen Russland-Politik der vergangenen Jahre zweifeln. Zwei Drittel glauben, die Bundesrepublik war zu nachsichtig gegenüber Wladimir Putin. Zugleich fällt das Ansehen Russlands bei den Deutschen auf einen Tiefstand. Die Wahrnehmung der Ukraine wiederum hat sich mit dem Angriff schlagartig geändert, sie gilt erstmals mehrheitlich als vertrauenswürdiger Partner Deutschlands. Damit gewinnt auch die Idee einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft an Zuspruch. Nach 51 Prozent im März 2014 sprechen sich aktuell sechs von zehn für eine langfristige Aufnahme des Landes in die EU aus. Gefestigt präsentiert sich in der aktuellen sicherheitspolitischen Krise die Beziehung der Deutschen zum westlichen Bündnis. 83 Prozent unterstreichen in diesen Tagen die Bedeutung der NATO für den Frieden in Europa. Die USA als wichtigster Partner erreicht den höchsten Sympathiewert im ARD-DeutschlandTREND seit Dezember 2011.

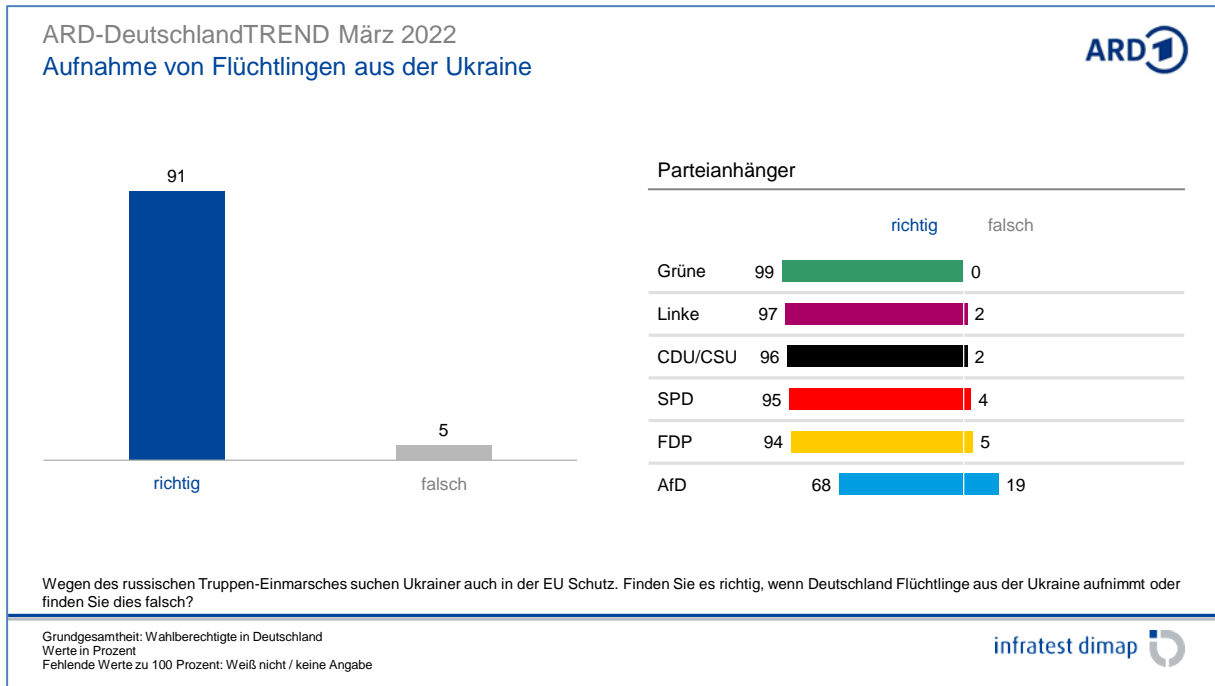
Russischer Einmarsch in die Ukraine: zwei Drittel in Sorge vor großem Krieg



Russische Truppen sind am vergangenen Donnerstag in die Ukraine einmarschiert. Die Mehrheit der Bundesbürger blickt entsetzt auf die Entwicklungen im Osten Europas. Neun von zehn (89 Prozent) sind in Sorge um die Menschen in der Ukraine. Drei von vier Wahlberechtigten (77 Prozent) äußern Sorgen, dass die Ukraine vollständig besetzt wird, sieben von zehn (69 Prozent), dass weitere Länder von Russland angegriffen werden könnten. Äußerten im Sommer 2014 zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs drei von zehn Deutschen Ängste vor einem neuen großen Krieg auf dem Kontinent, sind es nunmehr sieben von zehn (69 Prozent). Vielen ist bewusst, dass der Konflikt auch in der Bundesrepublik Spuren hinterlassen wird. 64 Prozent fürchten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands, 66 Prozent Einschränkungen in der Gas- und Energieversorgung.

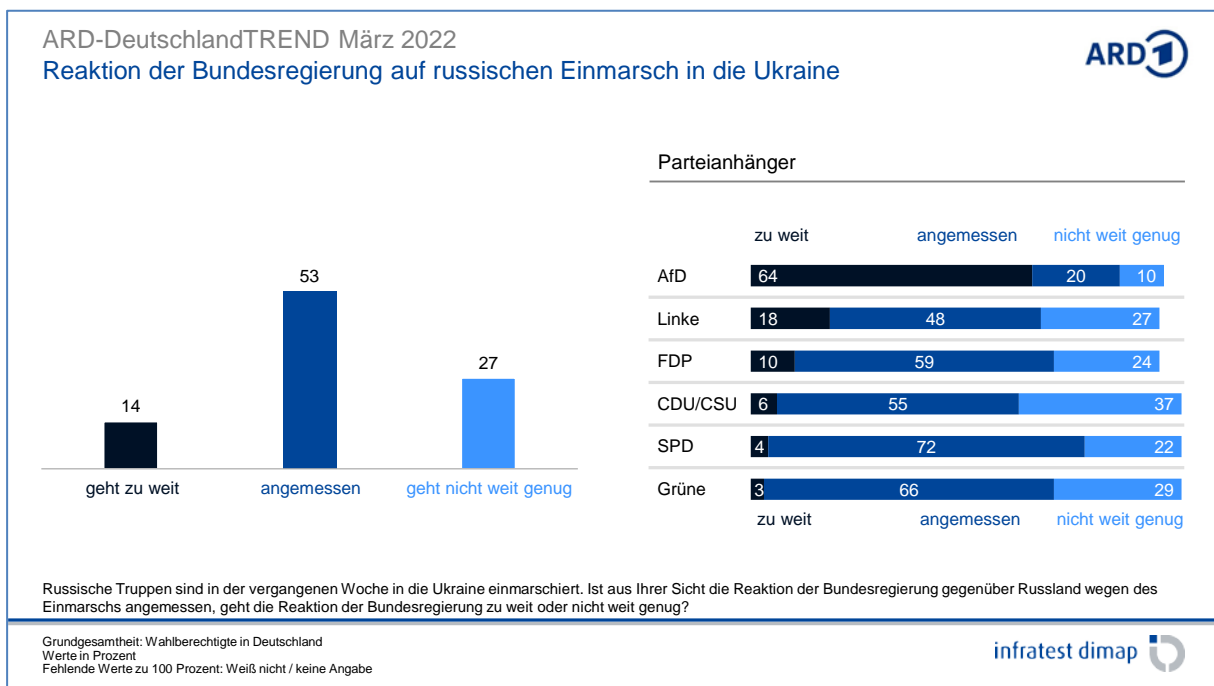
Große Offenheit für Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen

Zu den unausweichlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine zählt eine Fluchtbewegung. Eine Aufnahme von Flüchtlingen durch die Bundesrepublik wird faktisch von niemandem in Frage gestellt, neun von zehn Deutschen (91 Prozent) halten die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge grundsätzlich für richtig. In den Reihen der AfD, die traditionell eine restriktive Migrationspolitik befürwortet, fällt der Zuspruch weniger einhellig aus, aber auch hier überwiegt aktuell eine positive Haltung (68:19 Prozent).



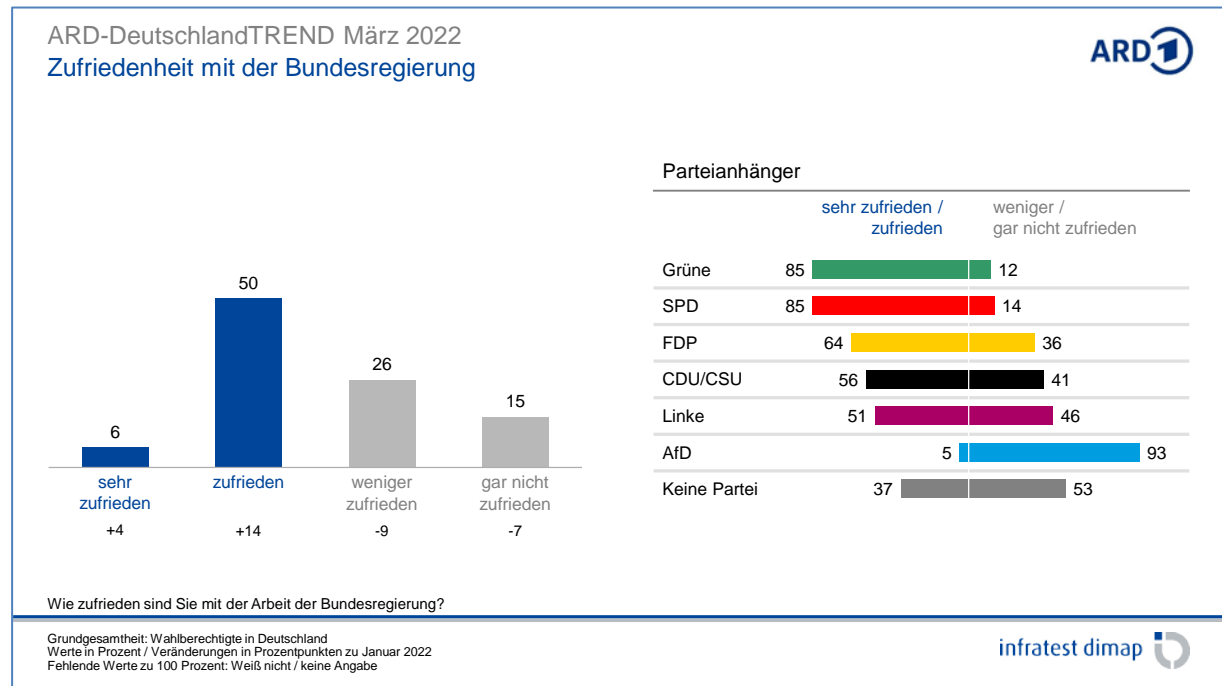
Reaktionen der Bundesregierung: für 53 Prozent angemessen

Der russische Einmarsch hat zu einer sicherheitspolitischen Neupositionierung Deutschlands geführt, die offensichtlich eine Mehrheit in der Bevölkerung mitträgt. Die Antwort der Bundesregierung auf den russischen Angriff bewertet gut die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) als angemessen. Für knapp drei von zehn Wahlberechtigten (27 Prozent) geht die bisherige Reaktion Berlins sogar nicht weit genug. Für jeden Siebten (14 Prozent) ist sie dagegen zu weitgehend. Die Reaktion der Bundesregierung auf den russischen Angriffskrieg überzeugt nicht nur die Anhänger der drei Koalitionsparteien SPD (angemessen: 72 Prozent), Grünen (66 Prozent) und FDP (59 Prozent). Auch bei den Unions- (55 Prozent) und Linken-Anhängern (48 Prozent) überwiegt jeweils die Ansicht, die Reaktion Berlins sei grundsätzlich angemessen ausgefallen. Zugleich finden sich in den Unions-Reihen mit 37 Prozent jedoch besonders viele, die sich weitergehende Schritte gegenüber Russland wünschen.



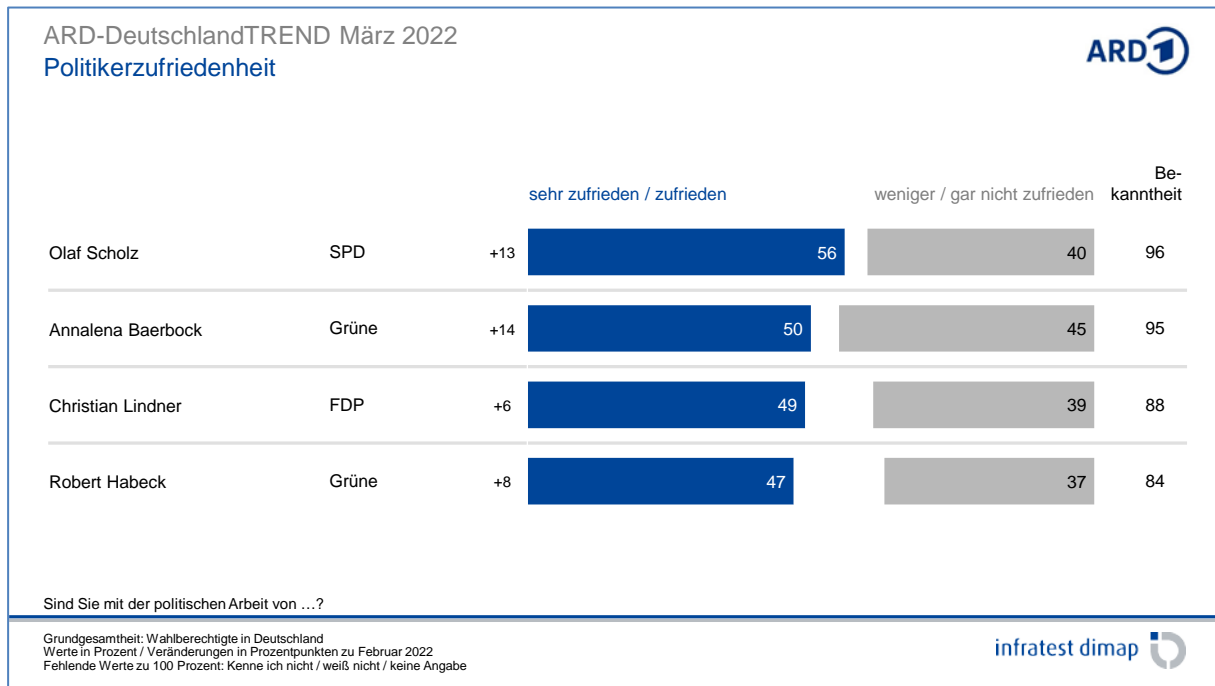
Dass die Bundesregierung mit ihrer Reaktion gegenüber Russland zu weitgegangen ist, ist eine Haltung, die mehrheitlich allein in der AfD-Anhängerschaft (64 Prozent) besteht. Von den Ostdeutschen, die Russland traditionell näherstehen, hält zwar jeder Fünfte die Reaktion der Bundesregierung für überzogen (20 Prozent). Auch hier bezeichnet jedoch etwa jeder Zweite (48 Prozent) das Vorgehen Berlins für angemessen, während 22 Prozent weitergehende Schritte favorisieren.

Regierungszufriedenheit: Ampel-Koalition gewinnt in Krise an Vertrauen



Mit ihrem aktuellen Agieren in der Ukraine-Krise hat die Ampel-Koalition zumindest aktuell Vertrauen zurückgewonnen, nachdem sie zu Jahresbeginn deutlich an Rückhalt verloren hatte. Nach 38 Prozent im Vormonat äußern sich aktuell 56 Prozent der Wahlberechtigten zufrieden zur Arbeit des Kabinetts. 41 Prozent sind unzufrieden. Die Wähler von SPD (85:14 Prozent), Grünen (85:12 Prozent) und FDP (64:36 Prozent) unterstützen die Berliner Regierungsarbeit mehrheitlich. In den Reihen der Union überwiegt momentan die Zufriedenheit (56:41 Prozent). Die Linken-Anhängern sind in ihrem Urteil eher gespalten (51:46 Prozent). Deutliche Unzufriedenheit besteht wie gehabt bei den Anhängern der AfD (5:93 Prozent).

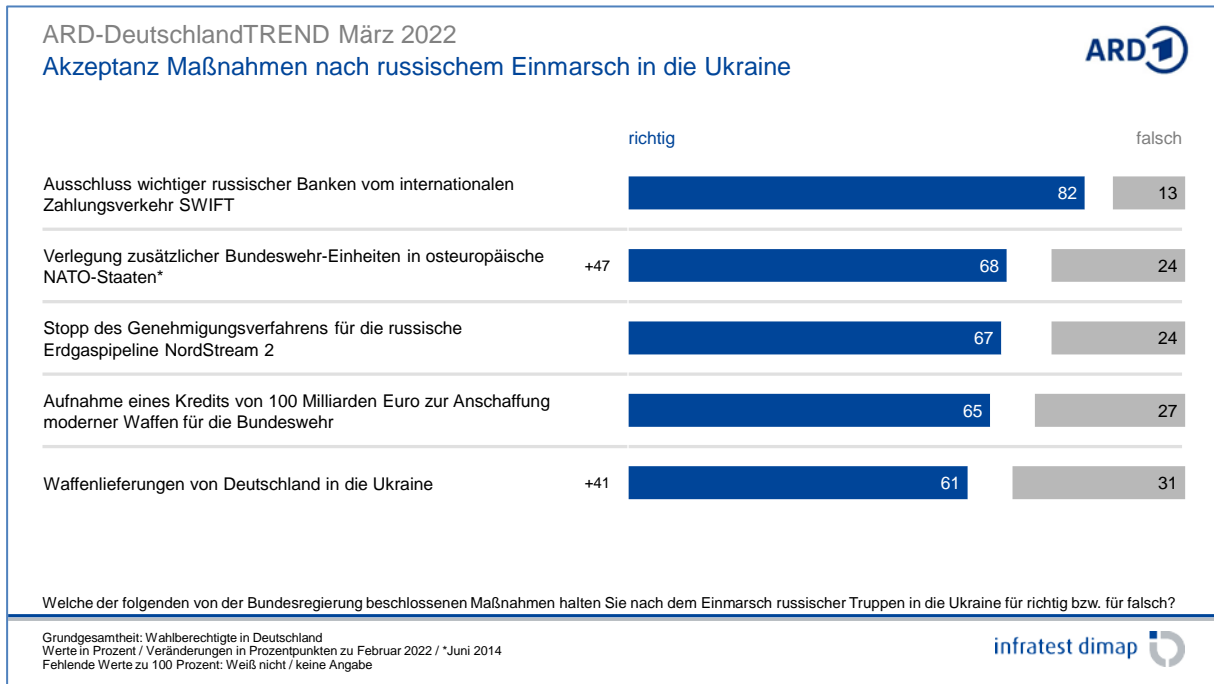
Politikerzufriedenheit: Berliner Koalitionsspitzen legen zu



Das Vertrauensplus für das Kabinett geht mit deutlichen Popularitätsgewinnen der Koalitionsspitzen einher. Nach 43 Prozent im Vormonat überzeugt Olaf Scholz aktuell 56 Prozent (+13) der Wahlberechtigten. Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock (50 Prozent; +14), FDP-Finanzminister Lindner (49 Prozent; +6) und Grünen-Vizekanzler Habeck (47 Prozent; +8) legen ebenfalls zu und erhalten Zuspruch von knapp jedem zweiten Bundesbürger. Die neue deutsche Außenministerin erreicht damit im ARD-DeutschlandTREND einen neuen persönlichen Bestwert, Habeck und Lindner bleiben nur knapp hinter früheren Höchstständen zurück.

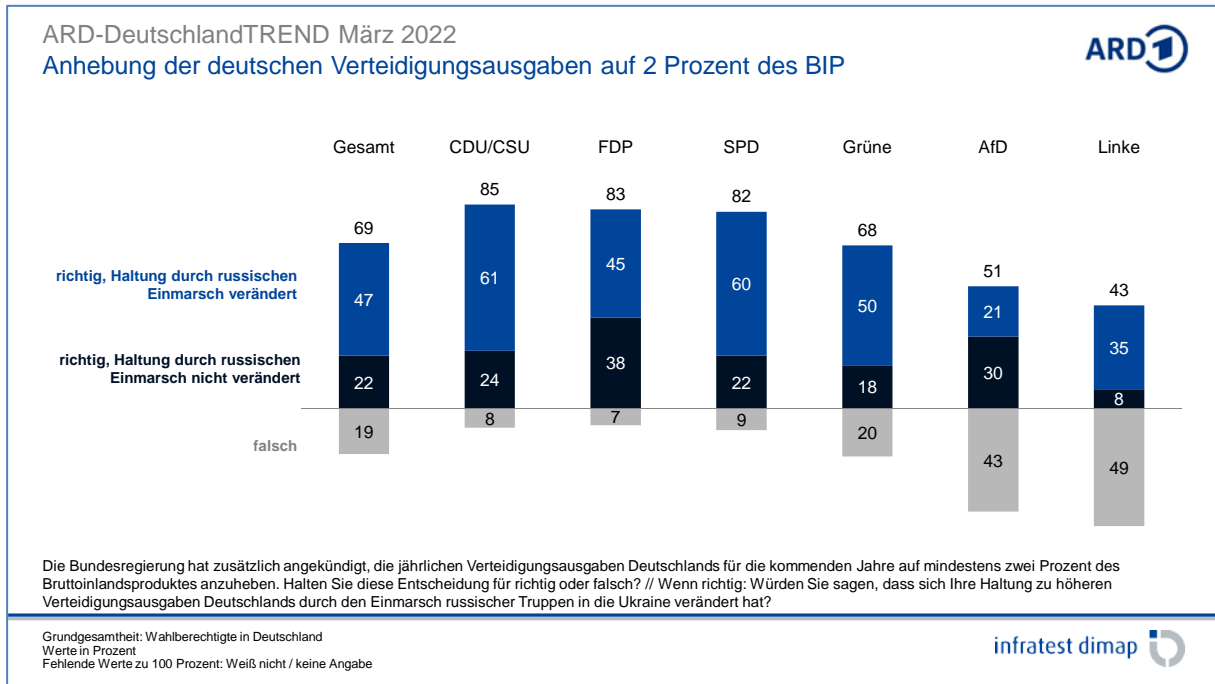
Großer Zuspruch für Maßnahmen gegen Russland

Auch wenn die Koalition mit ihrer Reaktion auf den russischen Einmarsch an Sympathien gewonnen hat, sind sich die Deutschen uneins darüber, ob Berlin militärische Hilfen für Kiew zu lange hinausgezögert hat: 45 Prozent stimmen dem zu, ebenso viele (46 Prozent) nicht. Zweifel an einer militärischen Unterstützung dominierten bis zuletzt allerdings auch in der deutschen Bevölkerung und verschwanden erst unmittelbar mit der Invasion: Nach 20 Prozent vor einem Monat finden die von der Bundesregierung letztlich genehmigten deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine nunmehr Zuspruch bei 61 Prozent.



Der russische Angriff hat bei den Bundesbürgern zugleich grundlegende verteidigungspolitische Vorstellungen geändert. Anders als 2014 nach der Krim-Annexion (21 Prozent) wird die kurzfristige Verlegung zusätzlicher Bundeswehreinheiten an die NATO-Ostflanke mehrheitlich unterstützt (68 Prozent). Zugleich stößt die Ankündigung langfristig größerer Anstrengungen zur Stärkung militärischer Fähigkeiten ebenso auf Rückhalt: Die Schaffung eines Sondervermögens von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr bezeichnen 65 Prozent als richtig. Die Anhebung der jährlichen deutschen Verteidigungsausgaben auf mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unterstützen aktuell 69 Prozent, wobei knapp die Hälfte (47 Prozent) angibt, dass sich ihre Haltung zu einem höheren Verteidigungsbudget mit den Einmarsch in die Ukraine verändert hat.

Die künftige Orientierung am 2-Prozent-Ziel überzeugt vor allem die Anhänger von Union (85 Prozent), FDP (83 Prozent) und SPD (82 Prozent), aber auch eine erkennbare Mehrheit der Grünen-Anhänger (68 Prozent). In den Reihen der AfD (51:43 Prozent) und Linken (43:49 Prozent) fällt das Urteil eher gespalten aus.



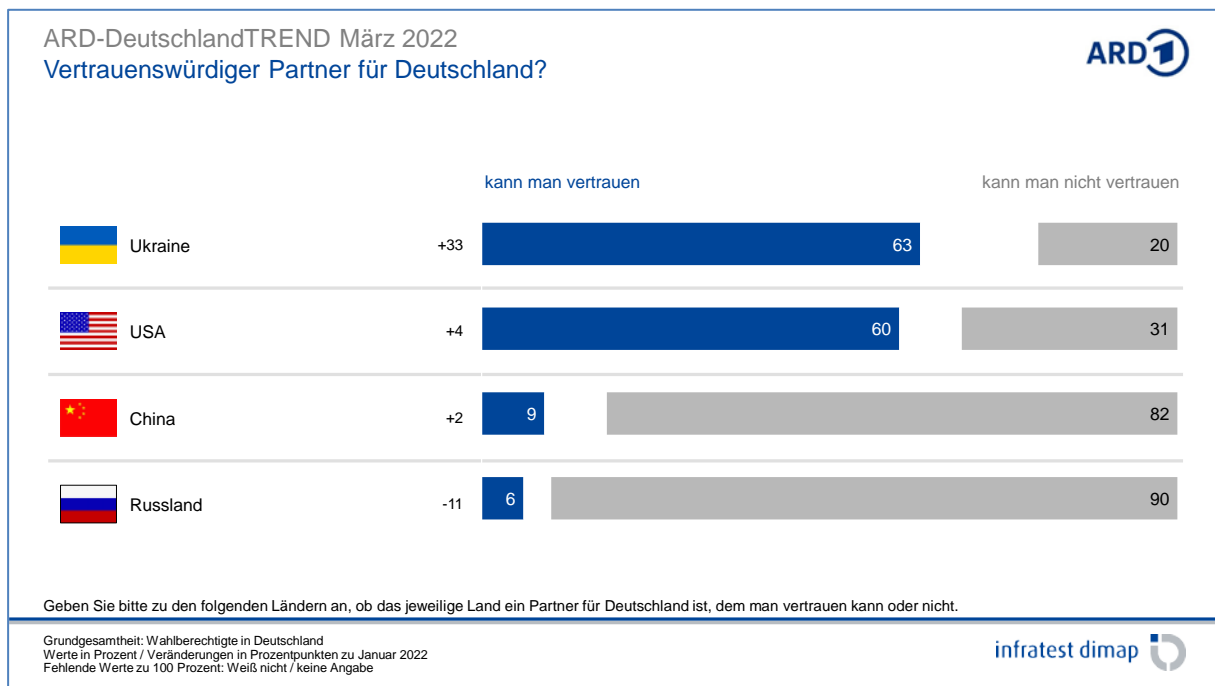
Gleichwohl jeder Zweite (52 Prozent) anzweifelt, dass Sanktionen den russischen Kurs ändern können, werden Maßnahmen wie der Ausschluss wichtiger russischer Banken aus dem Zahlungssystem SWIFT (82 Prozent) von der Bevölkerung ebenso mitgetragen wie der Stopp des Genehmigungsverfahrens für Nordstream 2 (67 Prozent).



Sanktionsschritte wie diese werden aktuell auch dann mehrheitlich von den Bundesbürgern unterstützt, wenn sie von steigenden Energiepreisen und Lebenshaltungskosten (66 Prozent), Engpässen in der Energieversorgung (68 Prozent) oder auch Nachteilen für deutsche Firmen (65 Prozent) begleitet sein sollten. Dies gilt für die Anhänger aller Parteien. Die Mehrheit der AfD-Anhänger kündigt allerdings Widerspruch gegen Sanktionsmaßnahmen an, sollten diese mit derartigen Nachteilen verbunden sein.

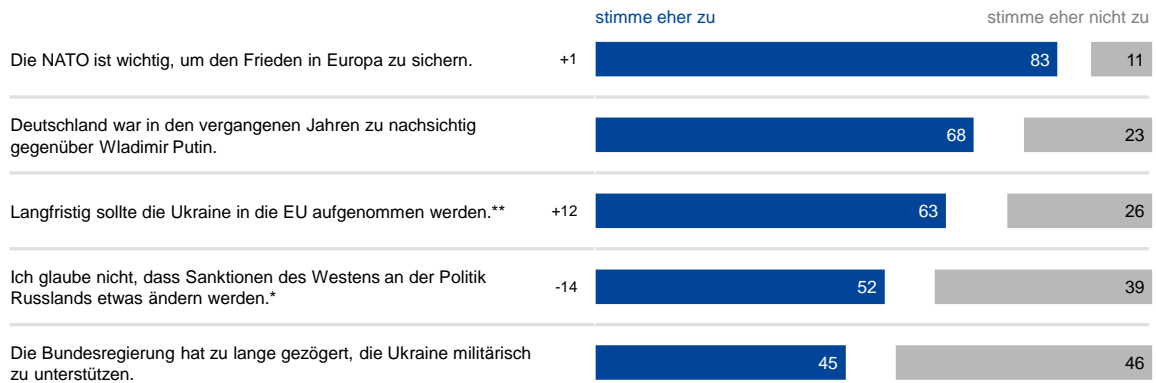
Russlands Ansehen auf Tiefpunkt

Der Einmarsch in die Ukraine lässt rückblickend viele an der deutschen Russland-Politik der vergangenen Jahre zweifeln. Zwei Drittel (68 Prozent) glauben, die Bundesrepublik war zu nachsichtig gegenüber Wladimir Putin. Zugleich fällt das Ansehen Russlands bei den Deutschen auf einen Tiefstand. Gerade einmal 6 Prozent sehen Russland derzeit als vertrauenswürdigen Partner Deutschlands. Die Wahrnehmung der Ukraine wiederum hat sich in der aktuellen Krise schlagartig geändert. Mit 63 Prozent (+33 zu Jan.) versteht erstmals eine Mehrheit der Deutschen die Ukraine als Partner, dem man vertrauen kann.



ARD-DeutschlandTREND März 2022

Aussagen zum Ukraine-Konflikt



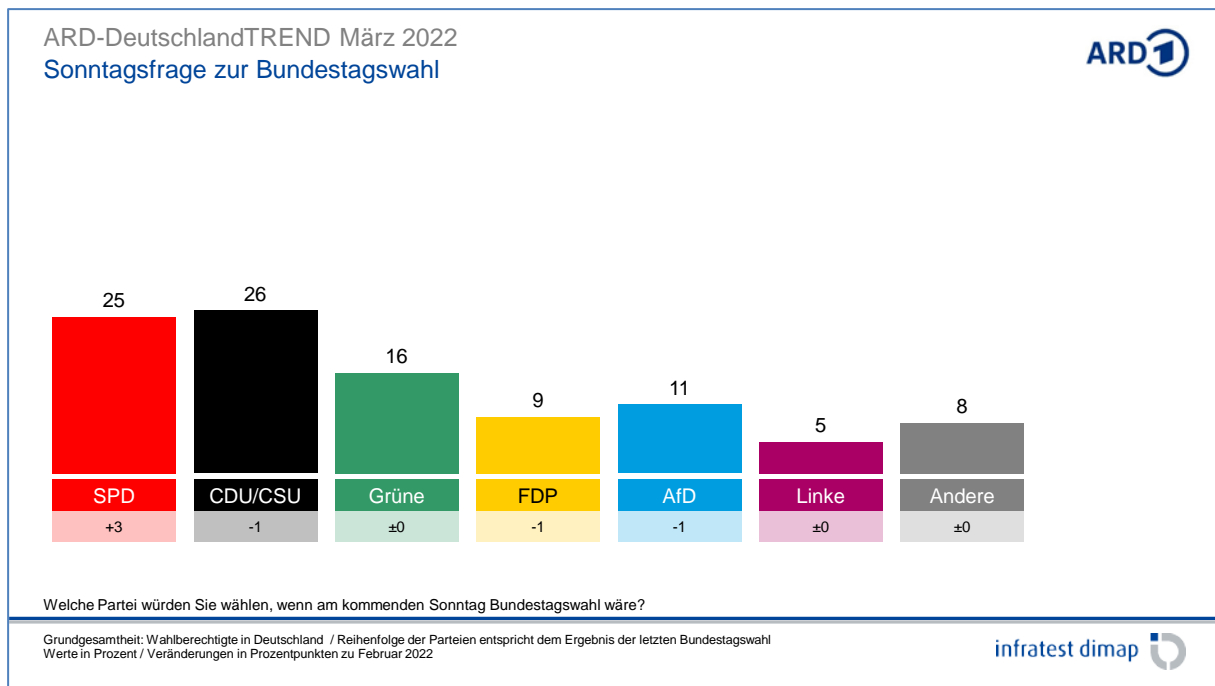
Im Folgenden geht es nochmals um den Ukraine-Konflikt und die aktuelle außenpolitische Situation. Geben Sie bitte zu jeder der folgenden Aussagen an, ob Sie ihr zustimmen oder nicht.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
 Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu April 2019 / *Dezember 2014 / **März 2014
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Damit gewinnt auch die Idee einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft in der deutschen Bevölkerung an Zuspruch. Nach 51 Prozent im März 2014 sprechen sich aktuell sechs von zehn (63 Prozent) für eine langfristige Aufnahme des Landes in die Europäische Union aus. Gefestigt präsentiert sich in der aktuellen sicherheitspolitischen Krise die Beziehung der Deutschen zum westlichen Bündnis. 83 Prozent unterstreichen in diesen Tagen die Bedeutung der NATO für den Frieden in Europa. Die USA als wichtigster Partner erreicht mit 60 Prozent den höchsten Sympathiewert im ARD-DeutschlandTREND seit Dezember 2011.

Sonntagsfrage: SPD verringert Rückstand auf CDU

In der bundespolitischen Stimmung macht sich der Vertrauensrückgewinn der Berliner Koalition allein für die Kanzlerpartei bemerkbar. Nach 22 Prozent vor einem Monat hätte die SPD aktuell bei einer Bundestagswahl 25 Prozent in Aussicht. Damit bleiben die Sozialdemokraten in der Sonntagsfrage knapp hinter der Union, die im Monatsverlauf leicht verliert und auf 26 Prozent (-1) käme. Die Grünen würden wie im Vormonat 16 Prozent Wählerückhalt erzielen. FDP und AfD könnten mit 9 bzw. 11 Prozent rechnen und geben damit zum Vormonat jeweils 1 Punkt ab. Die Linke würde weiterhin einem Wähleranteil von 5 Prozent (+/-0) erzielen. Alle übrigen Parteien würden zusammen 8 Prozent erreichen (+/-0).



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND März 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.320 Befragte (863 Telefoninterviews und 457 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	28. Februar bis 02. März 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0